



LSV Hessen | Georg-Schlosser-Straße 16a |
35390 Gießen

Ted Krämer
Landesschulsprecher

An die
Vertreter*innen der Presse

post@lsv-hessen.de
ted.kraemer@lsv-hessen.de

Wiesbaden, 28. Oktober 2026

3. Hessische Schüler*innenbefragung offenbart dringenden Handlungsbedarf an Hessens Schulen!

*Leistungsdruck, fehlende Unterstützung und mangelnde Chancengerechtigkeit – die Landesschüler*innenvertretung Hessen fordert Konsequenzen vom Kultusministerium*

Die Ergebnisse der 3. Hessischen Schüler*innenbefragung (HeSchüB) zeigen deutlich: Hessens Schulen stehen vor großen Herausforderungen. Insgesamt 15.978 Schüler*innen ab Klassenstufe 5 haben an der Befragung teilgenommen und ihre Erfahrungen zu Themen wie Leistungsdruck, digitaler Bildung, Mobbing, Mobilität und finanzieller Bildung geteilt. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die Bedürfnisse junger Menschen im Schulalltag noch immer zu wenig berücksichtigt werden. Die Landesschüler*innenvertretung Hessen (LSV) fordert das Hessische Kultusministerium auf, die Erkenntnisse ernst zu nehmen und konkrete Verbesserungen auf den Weg zu bringen.

Leistungsdruck bestimmt den Schulalltag

Die Zahlen zum schulischen Leistungsdruck sind alarmierend: 39 Prozent der Befragten fühlen sich häufig durch schulische Leistungen unter Druck gesetzt, insgesamt berichten 67 Prozent zumindest manchmal davon. 64 Prozent machen sich häufig oder manchmal Sorgen wegen schlechter Noten. Bei 53 Prozent führt das Lernen bis spät in die Nacht häufig oder manchmal zu weniger und schlechterem Schlaf. Gleichzeitig fehlt 61 Prozent häufig oder manchmal Zeit für ihre Hobbys.

Diese Ergebnisse zeigen, dass Schule für viele Schüler*innen nicht mit dem Unterricht endet. Leistungsanforderungen wirken sich auf Erholung, Schlaf und Freizeit aus. Besonders am Gymnasium und in der Oberstufe ist der häufig empfundene Leistungsdruck ausgeprägt.

Die Schüler*innen benennen auch konkrete Verbesserungsmöglichkeiten: 70 Prozent wünschen sich verständlichere Erklärungen durch Lehrkräfte, 57 Prozent mehr Hilfe beim Verstehen des Unterrichtsstoffs und 56 Prozent mehr individuelle Unterstützung. Für die LSV ist klar: Gute Bildung darf nicht allein davon abhängen, wie gut Schüler*innen sich Inhalte selbstständig aneignen können. Es braucht ausreichend Zeit zum Üben, verständlichen



Unterricht und individuelle Förderung. Das Kultusministerium muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Künstliche Intelligenz ersetzt teilweise fehlende Erklärungen

Auch der Umgang mit künstlicher Intelligenz (KI) gehört inzwischen zum Schulalltag. 80 Prozent der Befragten nutzen KI regelmäßig oder gelegentlich für schulische Zwecke. 64 Prozent setzen sie ein, um zusätzliche Erklärungen zu erhalten, 54 Prozent zur Unterstützung bei Hausaufgaben.

Diese Zahlen sind nicht nur Ausdruck der technischen Entwicklung. Wenn Schüler*innen KI nutzen, um Unterrichtsinhalte noch einmal erklärt zu bekommen, muss auch die Qualität des Unterrichts in den Blick genommen werden. Digitale Werkzeuge können beim Lernen helfen, dürfen aber nicht zur notwendigen Ersatzlösung für fehlende Unterstützung werden.

68 Prozent halten es für wichtig, in der Schule etwas über KI zu lernen. Die LSV fordert deshalb, digitale Kompetenzen und einen kritischen Umgang mit KI systematisch in den Unterricht zu integrieren. Dazu gehören neben der korrekten Nutzung auch Datenschutz und Risiken. Schüler*innen brauchen Orientierung statt bloßer Verbote.

Social Media: hohe Nutzung, ungleiche Chancen bei der Medienkompetenz

Soziale Medien sind fester Bestandteil des Lebens vieler Schüler*innen. Rund 87 Prozent nutzen YouTube täglich, Instagram 64 Prozent, Snapchat 60 Prozent und TikTok 59 Prozent. Etwa 36 Prozent verbringen mehr als vier Stunden täglich in sozialen Medien. Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den Schulformen: An Hauptschulen verbringen 27 Prozent mehr als sechs Stunden täglich in sozialen Medien, an Gymnasien sind es acht Prozent.

Die Befragten erkennen verschiedene Risiken, darunter Fake News, die Weitergabe persönlicher Daten, Beleidigungen und Cybermobbing. Bei politischen und extremistischen Inhalten zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede: Während 44 Prozent der Gymnasiast*innen solche Inhalte als Risiko benennen, sind es bei Hauptschüler*innen lediglich 19 Prozent.

Medienkompetenz darf nicht vom Bildungsgang abhängen. Die LSV fordert deshalb eine verbindliche und praxisnahe Medienbildung an allen Schulformen. Schüler*innen müssen lernen, Falschinformationen zu erkennen, persönliche Daten zu schützen und problematische Inhalte kritisch einzuordnen.



Cybermobbing braucht mehr als gute Absichten

Fünf Prozent der Befragten geben an, in den vergangenen zwölf Monaten selbst von Cybermobbing betroffen gewesen zu sein; 15 Prozent kennen Betroffene. An Hauptschulen berichten rund elf Prozent von eigener Betroffenheit, am Gymnasium sind es vier Prozent.

Gleichzeitig fällt die schulische Prävention aus Sicht vieler Schüler*innen unzureichend aus: Nur 16 Prozent geben an, dass Lehrkräfte sie intensiv über Cybermobbing aufgeklärt haben. 23 Prozent berichten, dass eine solche Aufklärung durch Lehrkräfte gar nicht stattgefunden habe. Auch Schulsozialarbeit und Medienscouts erreichen offenbar nicht alle Schüler*innen.

Die LSV fordert, Prävention und Unterstützung an allen Schulen dauerhaft zu verankern. Dafür braucht es ausreichend Schulsozialarbeit, geschulte Ansprechpersonen und eine Medienbildung, die auch digitale Gewalt einschließt. Betroffene müssen schnell Hilfe erhalten – unabhängig von Schulform und Standort.

Mobilität darf nicht zur zusätzlichen Belastung werden

Auch der Schulweg belastet viele Schüler*innen. 47 Prozent benötigen täglich mehr als 30 Minuten für ihren Weg, 18 Prozent sogar mehr als eine Stunde. 38 Prozent geben an, dass ihnen durch den Heimweg häufig oder immer Freizeit verloren geht. Hinzu kommen Probleme im öffentlichen Nahverkehr: 76 Prozent erleben häufig oder immer überfüllte Busse und Bahnen, 59 Prozent Verspätungen und 43 Prozent Ausfälle. 28 Prozent kommen dadurch häufig oder immer gestresst an.

Zudem besitzen 33 Prozent kein Hessenticket und kein anderes Zeitfahrticket. 72 Prozent sprechen sich für ein kostenloses Ticket für alle Schüler*innen aus. Für die LSV ist ein bezahlbarer und verlässlicher Schulweg eine Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit. Sie bekräftigt daher ihre Forderung nach einem kostenlosen Ticket für alle Schüler*innen und einem öffentlichen Nahverkehr, auf den sie sich verlassen können.

Finanzielle Bildung kommt in der Schule zu kurz

Die Befragung zeigt auch erhebliche Lücken bei der finanziellen Bildung. 55 Prozent bewerten ihre eigenen Kenntnisse zu Finanzthemen als eher schlecht oder schlecht. 49 Prozent geben an, dass finanzielle Themen in der Schule bisher überhaupt nicht behandelt wurden. Gleichzeitig wünschen sich 81 Prozent, dass Lehrkräfte diese Inhalte vermitteln.

Ob Versicherungen, Verträge, Lebenshaltungskosten, Inflation oder Schulden: Finanzielle Entscheidungen begleiten junge Menschen weit über die Schulzeit hinaus. Die LSV fordert



deshalb, finanzielle Bildung verbindlich in den Schulalltag zu integrieren und Schüler*innen auf alltägliche Herausforderungen vorzubereiten.

Die Ergebnisse müssen Konsequenzen haben

Die 3. Hessische Schüler*innenbefragung zeigt, dass die Herausforderungen je nach Schulform unterschiedlich ausfallen. Während Schüler*innen an Gymnasien und in der Oberstufe besonders häufig von Leistungsdruck berichten, zeigen sich an Hauptschulen unter anderem höhere Werte bei der eigenen Cybermobbing-Betroffenheit und eine intensivere Nutzung sozialer Medien. An beruflichen Schulen bestehen zudem Lücken bei der Erreichbarkeit unterstützender Angebote.

Gegenüber der 2. HeSchüB von 2022 stehen in der aktuellen Befragung andere beziehungsweise weiterentwickelte Themen im Mittelpunkt. Ein direkter zahlenmäßiger Vergleich ist deshalb nur eingeschränkt möglich. Die Ergebnisse der neuen Befragung liefern jedoch klare Hinweise darauf, wo Schulen und Bildungspolitik ansetzen müssen.

Die LSV Hessen fordert das Kultusministerium auf, die Stimmen der Schüler*innen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern daraus konkrete Maßnahmen abzuleiten. Dazu gehören eine bessere Unterstützung im Unterricht, verbindliche Medien- und Finanzbildung, wirksame Prävention gegen Cybermobbing, ausreichend Schulsozialarbeit und eine verlässliche Mobilität für alle Schüler*innen.

Schüler*innen sind die unmittelbar Betroffenen bildungspolitischer Entscheidungen. Ihre Erfahrungen müssen deshalb ernst genommen werden und in die Gestaltung von Schule einfließen. Die Konsequenzen liegen auf dem Tisch – jetzt ist die Landesregierung gefordert, zu handeln.

Die gesamten Ergebnisse der 3. Hessischen Schüler*innenbefragung finden Sie auf unserer Website www.lsv-hessen.de. Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne unter post@lsv-hessen.de zur Verfügung.

Über die Landesschüler*innenvertretung (LSV) Hessen:

Die Landesschüler*innenvertretung Hessen vertritt die Interessen aller Schüler*innen des Landes und setzt sich für alle Belange zum Thema Schulpolitik aus Sicht der Schüler*innen ein. Als gesetzlich legitimierte Vertretung arbeitet sie mit Bildungspolitikerinnen und anderen Akteurinnen des Bildungssystems zusammen, um die Stimme der hessischen Schüler*innen in Entscheidungsprozesse einzubringen.